

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P XIII/105

Bad Godesberg, den 7. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 - 2 | <u>Angriff gegen die Kapitulation</u> "Es darf kein deutsches Casablanca geben" Aktuelle Überlegungen zur Deutschlandpolitik | 75 |
| 3 | <u>Neutral, aber nicht gleichgültig</u> Solidarität für Israel | 35 |
| 4 | <u>Trinkwasser aus dem Meer</u> Gigantisches US-Projekt vor der Verwirklichung Von einem gelegentlichen Mitarbeiter | 41 |
| 5 - 7 | <u>Wirklich nicht kleinzukriegen ? (II und Schluß)</u> Das Urausgeborgene im Rechtsradikalismus Von Dr. Karlheinz Brenhaus | 114 |

* * *

Angriff gegen die Kapitulation

"Es darf kein deutsches Casablanca geben"

sp - Wenn es Entkämpfung, Entspannung, Verständigung und mehr als bloßes Nebeneinander, sondern Miteinander zwischen den beiden Teilen Deutschlands geben soll, dann müssen beide Seiten mit und aus ihren Beteuerungen Ernst machen. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner hat in die zwischendeutsche Debatte den Begriff Casablanca geworfen. Jener Beschluß der Westmächte aus dem Jahre 1943 hatte mit seiner unerbittlichen Forderung nach totaler Kapitulation die deutschen Kräfte, die den Krieg beenden wollten, immobil gemacht. Der kühne historische Vergleich, den Wehner hier heraufbeschwört, macht die Gefahren jedes erneuten Kapitulationsstrebens überdeutlich, das eine friedliche Verständigung unmöglich machen müßte. Keine deutsche Seite darf also der anderen die Kapitulation unter ihre Vorstellungen zumuten. "Es darf kein innerdeutsches Casablanca geben."

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kiesinger-Brendt hat, was man nun endlich auch in Ostberlin zur Kenntnis nehmen und anerkennen sollte, zwei wesentliche Voraussetzungen für den Beginn eines versachlichten Gesprächs geschaffen. Die Bundesrepublik erhebt 1.) keinen Anspruch auf Allgemein- oder Alleingültigkeit ihrer inneren Ordnung. Die Bundesrepublik erhebt 2.) keinen Anspruch auf Gebiete, sie kennt also keine Annektionsabsichten. Die DDR, die sich in ihren Vorwürfen und Beschuldigungen gegen die Bundesrepublik nicht genug tun kann und vor allem deren angeblichen Alleinvertretungsanspruch anprangert, ist in einer schlechten Position. Ostberlin erhebt nämlich seinerseits tatsächlich Alleinvertretungsansprüche, und zwar auf die deutschen Arbeiter und auf die deutschen Friedensfreunde, was immer man auch darunter verstehen mag. Und Ostberlin will eine Wiedervereinigung erst dann als möglich ins Auge fassen, wenn die Bundesrepublik "sozialistisch" also kommunistisch geworden sein sollte.

Die DDR hat sich auf diese Weise in eine Casablanca-Position hineinmanövriert, die mit der von ihr propagierten Politik eines Bemühens um Verständigung und Frieden nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Bleibt die DDR in dieser für sie aussichts- und ausweglosen Position, dann ist computermäßig feststellbar, daß Bonn, falls es sich weiter so aktiv und flexibel zugleich wie bisher verhält, schon allein des-

halb die nächsten Runden für sich buchen kann. Der Vorwurf des Störenfrieds, mit dem das Ulbricht-Regime die Bundesrepublik in die Ecke zu manövrieren hofft, muß dann bumerangartig auf Ostberlin zurückfallen. Je früher man dort dieses Dilemma erkennt und sich der eigenen Fehlplanung bewußt wird, desto eher kann in undoktrinärer Weise der Versuch angegangen werden, den Kalten Krieg zwischen Mittel- und Westdeutschland in das Klima der Auflockerung hinüberzuführen.

Der Ausgangspunkt für diese höchst realpolitischen Überlegungen der Bundesrepublik ist in dem Faktum zu suchen, daß es angesichts des Gegenüber- und Entgegenstehens der Konzeptionen auf absehbare Zeit nicht möglich sein dürfte, zu einer staatlichen Einheit des deutschen Volkes zu kommen. Damit ist aber noch lange nicht ausgeschlossen, daß bis zu einem Friedensvertrag, der die deutsche Frage im Rahmen einer europäischen Friedensordnung löst, Regelungen für eine tatsächliche zwischendeutsche Entspannung gefunden werden könnten. Herbert Wehner hat angekündigt, daß er sich für eine Politik einsetzen will, die zunächst nur bescheidene Veränderungen herbeiführen soll, die freilich qualitätsmäßig sehr bemerkenswert sein können. Das heißt, die These von den kleinen Schritten neu und anders aufzugreifen und sie zu konkreten Absichten und Plänen auszubauen, die ein etappenweises Vornebringen der Entspannung anstreben.

Diese klare Zielvorstellung muß Bonn nicht nur in Westdeutschland und in Mitteldeutschland, sondern auch in Ost und West plausibel und bestätigungswürdig verdeutlichen. Es gilt, Verständnis auf breiterer Front zu finden, um Bundesgenossen zu mobilisieren. Nicht, um damit und dabei die DDR etwa zu isolieren, was keinesfalls beabsichtigt ist, sondern um auch dort drüben aufzutauen, was bisher in Eis versteinert, Agitation, ja sogar in Hass zu kaltem Krieg gefroren war. In beiden deutschen Teilen und in der Welt muß klar werden, daß für die Bundesrepublik die alten Schemata einer festgefahrener Deutschlandpolitik nicht mehr gelten, und daß in und von der Bundesrepublik aus die Friedenssicherung zum Leitsatz Nr. 1 einer vordringlich auf Verständigung gerichteten Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik geworden ist. Das heißt nicht, daß der Wille zum Frieden bisher für Bonn etwa nicht bestimmend gewesen sei. Das heißt aber, daß die Entschlossenheit zum Frieden absoluten Vorrang bekommt, und daß die Bundesrepublik berechtigterweise erwartet, daß diese ihre Entschlossenheit auf und vor allen Seiten so ernst und schergewichtig genommen wird wie sie das selbst tut.

Neutral, aber nicht gleichgültig

Solidarität für Israel

sp - Eine strikte militärische Neutralität im arabisch-israelischen Krieg ist für die Bundesrepublik ein Existenzgebot. Es schert gewiss die jungen Menschen, die sich als Freiwillige für die israelische Armee in diesen Tagen melden, und doch hat die Bundesregierung gut daran getan, die Entsendung von Freiwilligen nicht zu gestatten. Dies wäre eine politische Torheit sondergleichen und brächte für Israel selbst mehr Gefahren als Hilfe; es wäre auch ein Verstoß gegen die proklamierte militärische Neutralität.

Doch Neutralität ist nicht gleichzusetzen mit Gleichgültigkeit oder Kaltschnäuzigkeit. Gerade die Tatsache, daß so viele junge Menschen bereit sind, ihr Leben für das um seine Existenz so heroisch kämpfende Israel einzusetzen, beweist die aufrüttelnde Wirkung, die dieser Krieg in unserem Volk ausgelöst hat. Es fühlt sich solidarisch mit dem Staat Israel verbunden und es fühlt die besondere Verpflichtung gegenüber einem Volk, das durch die Verbrechen der Hitlerzeit schon einmal ein Drittel seiner Angehörigen verlor und dem nun in Israel - ginge es nach dem erklärten Willen seiner Gegner - der totale Krieg und damit die völlige Vernichtung droht. Wie es aussieht, dürfte die Rechnung der arabischen Führer nicht aufgehen. Israel entwickelt in seinem Abwehrkampf ungeheure Energien und erweckt durch seine Tapferkeit die Bewunderung der Welt.

Israel vermag sich zunächst aus eigener Kraft dem Vernichtungswillen seiner Feinde zu erwehren. Nicht militärisch einzusetzende Freiwillige braucht es, wohl aber Hilfe anderer Art. Kein Neutralitätsgebot behindert die Entsendung von Lebensmitteln und Medikamenten, von Ausrüstungsgegenständen für Krankenhäuser und von für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete benötigter Mittel.

Die Aktion "Hilfe für Israel" hat in allen Schichten unseres Volkes eine breite Resonanz gefunden und auch die Bereitschaft der Bundesregierung, alle Kräfte zu unterstützen, die die Wiederherstellung des Friedens bei gesicherter Existenz von Volk und Staat Israel erstreben, findet allgemeine Zustimmung. Hier kommt eine moralische und politische Verhaltensweise gerade bei unserer jungen Generation zutage, die befreiend und reinigend wirkt. Sie bekundet aller Welt, daß wir in diesem Teil Deutschlands in solidarischer Verpflichtung zu Israel stehen; in anderen Teil Deutschlands bleibt es den Menschen verwehrt, die gleiche Solidarität zu beweisen.

Trinkwasser aus dem Meer

Gigantisches US-Projekt vor der Verwirklichung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Bau einer riesigen atomar betriebenen "Wasserfabrik" mitten im Meer vor der kalifornischen Küste steht bevor. Auf einer künstlichen Insel soll einen Kilometer vom Land entfernt vor Bolsa Chica State Beach eine atomare Anlage entstehen, die ab 1968 täglich 680 000 Tonnen Süßwasser und 7 500 Megawatt elektrischen Strom liefert. Der Preis für einen Kubikmeter Wasser wird bei 19,3 Pfennigen liegen, der Strompreis soll mit dem Preis für konventionellen Strom konkurrieren können. Die "Atominsel" wird 18 000 Quadratmeter groß im neun Meter tiefen Meereswasser errichtet. Zwei Leichtwasser-Reaktoren sollen auf der Insel installiert werden; sie leisten zusammen 1 800 Megawatt, wovon 300 Megawatt für die Umsetzung des Salzwasser in Süßwasser verwendet werden.

Mit dem kalifornischen Projekt wird zum ersten Mal die Süßwasserproduktion im großen Stil in der Welt eingeleitet. Es wird sich aber nun um einen ersten Schritt handeln. Die Wissenschaftler sind sich darüber im klaren, daß man bei der enormen Bevölkerungszunahme in der Welt, die ohnehin durch eine Geburtenregelung gebremst werden sollte, im Jahre 2 000 nicht mehr genügend Süßwasser aus natürlichen Quellen vorfindet. Man wird dann auf den Wasservorrat der Weltmeere zurückgreifen müssen.

In den USA will man schon in absehbarer Zeit die Tonne Süßwasser mit Hilfe der "Verdampfungsreaktoren" zu zwölf Pfennig pro Kubikmeter und später schließlich sogar für zwei Pfennige erzeugen. Die Amerikaner benötigen ihre "Süßwasser-Reaktoren" zunächst für die unter Süßwassermangel leidenden hochkultivierten Plantagen Kaliforniens. Die 1952 gegründete staatliche Salzwasserbehörde, die jetzt über einen Jahresetat von drei Millionen Dollar verfügt, betreibt die Entwicklung aber auch, um wasserarmen Entwicklungsländern zu helfen.

Auch Israel baut "Wasserfabriken"

Außer den USA ist Israel in der praktischen Anwendung "künstlichen" Süßwassers am weitesten gekommen. Seit langem arbeitet am Golf von Akaba in dem jetzt in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit geratenen Hafen Eilat eine Süßwasser-Strom-Verbundanlage. Hier wird die Energie aber noch von Heizöl geliefert. Die Anlage liefert täglich 6 700 Kilowatt Strom und 4 200 Tonnen Süßwasser. Israel strebt den Bau von großen atomaren "Wasserfabriken" an, um bei der Kultivierung der Wüste Negev vom Jordanwasser unabhängig zu werden.

Die Bundesrepublik ist nur am Rande in diese weltweite Entwicklung eingestiegen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß hier ein zukunftsträchtiges Projekt der Entwicklungshilfe vorhanden ist, wenn nicht eines Tages sogar in der Bundesrepublik auf "Atom-Trinkwasser" zurückgegriffen werden muß.

Wirklich nicht kleinzukriegen? (II und Schluß)

Das Unausgegorene im Rechtsradikalismus

Von Dr. Karl Heinz Drenhaus

Auch bei Niedersachsenwahlen hat die NPD die Fünf-Prozent-Klausel übersprungen und sogar die FDP um ein Geringses überholt. Mit gleicher Mandatzahl (10) werden beide künftig im Leine-Schloß vertreten sein.

Die Tatsache, daß auch in Niedersachsen 91,7 Prozent aller Wähler bei verhältnismäßig geringer Wahlbeteiligung die demokratischen Parteien gewählt haben - die FDP scheint allerdings ihre inneren Schwierigkeiten schlechter bewältigen zu können als die NPD ist gewiß kein Grund zur Beruhigung, ebensowenig wie das Zurückbleiben der NPD hinter den vorangegangenen demoskopischen Erwartungen. Immerhin gaben 249 061 Wähler den neuen Rechtsradikalen ihre Stimmen. Wußten all sie, wen sie damit förderten? Sicherlich nicht alle!

Aber wir alle sollten mehr als bisher auf der Hut sein, um nicht wieder jenen Prozeß in Gang zu setzen, den der Chefpropagandist der NSDAP, Joseph Goebbels, im Jahre 1930, nachdem die NSDAP ab 1928 ihre Abgeordnetensitze von zwölf auf 107 gesteigert hatte ebenso treffend wie zynisch beschrieben hat:

"Die Dummheit der Demokratie"

- * "Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, daß sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte.
- * durch die sie verrichtet wurde.
- * Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuß der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Dadurch waren sie vor dem polizeilichen Zugriff gesichert, durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen.
- * Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen."

Was die NPD-Abgeordneten "sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger", bleibt abzuwarten. Noch geben sie sich biedermännisch verhalten und demokratisch. Wie es um das Verhältnis der NPD zur Demokratie steht, ist allerdings schon heute klar erkennbar. Ein Großteil ihrer Wähler hätte es wissen müssen.

Das Lexikon spricht es unverblümt aus.

Antikominternpakt

- o Hierzu stellt das Lexikon lapidar fest: "Hier begann sich im Rahmen des Antikominternpaktes die Möglichkeit einer europäi-

- o schen Konföderation unter deutscher Führung abzuzeichnen, die in den Freiwilligen-Verbänden fast aller europäischer Staaten, die auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion kämpften, sichtbare und wirksame Gestalt annahm."
- o Das Lexikon verschweigt dabei, daß Hitler nie an eine echte europäische Konföderation dachte, sondern bestenfalls an ein diktatorisches großdeutsches Reich in des Wortes schlimmster Bedeutung;
- o daß die aus Nicht-Deutschen gebildeten Freiwilligen-Verbände immer nur eine verschwindende Minderheit ihres eigenen Volkes bildeten;
- o daß in ihnen alle wesentlichen Führungspositionen ausschließlich mit deutschen Nationalsozialisten besetzt waren.

Defaitismus

- o Nach dem Lexikon "stellen fast alle kriegsführenden Staaten defaitistische Äußerungen (im Zweiten Weltkrieg) unter Strafe ('Zersetzung der Wehrkraft')."
- o Dem Chronisten ist allerdings nicht bekannt, daß in New York oder London erhängte Jugendliche, Frauen und Kinder, die am immer endgültiger werdenden Erdsieg zweifelten, die Straßenschilder zierten.

Drittes Reich - Kriegsschulfrage

- o Für die Verfasser des Lexikons ist das "das staatsrechtliche System des nationalsozialistischen Deutschland". Daß das Ergebnis "ungewöhnlich weit" von der ursprünglichen Konzeption abwich, sei auf das Versagen eines Teils der neuen Führungsschicht und des Widerstands eines Teils der alten zurückzuführen, vor allem aber darauf, daß "die Außenpolitik eines Landes nicht in dessen freie Entscheidung gestellt ist, sondern ihm zu 60 bis 90 Prozent von den außenpolitischen Maßnahmen anderer Länder diktiert wird, so auch die Notwendigkeit, einen Krieg zu riskieren und zu führen".
- o Die Kapitel "München" und "Ostpolitik" in "Mein Kampf" scheinen die superschlauen Verfasser des Lexikons nicht einmal flüchtig gelesen zu haben; ganz abgesehen von der Besprechung Hitlers mit den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933, der geheimen Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vier-Jahres-Planes vom August 1936, der Hos-

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

22

ZEITUNGSNUMMER

105

DATUM

07. 06. 1967

Seite 7 fehlt ✓

